

# i Fíjate!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 233

18. April 2001

7. Jahrgang

## "Der Schmerz und das Leiden ist etwas sehr Privates"

Während meiner Reise in Guatemala beschäftigten mich vor allem zwei Fragen: "Was braucht es, um verzeihen zu können?" und "Was heisst Wiedergutmachung?" Ich stellte diese Fragen fast allen Menschen, mit denen ich mich länger unterhielt. Oft lösten diese Fragen Irritation aus und wurden mit ein, zwei kurzen Sätzen abgetan. Paco Leiva von der Sozialdiözese der katholischen Kirche in San Benito, Petén, nahm sich Zeit für eine ausführliche Antwort. Leiva war Leiter des Projektes zur *Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses* (REMHI) im Petén. In den folgenden ¡Fíjate! werden wir weitere Artikel zu diesem Thema veröffentlichen.

*Frage: Wie hat sich im Petén die Zusammenarbeit zwischen dem REMHI und der CEH (Wahrheitskommission) gestaltet?*

*Paco Leiva:* Das REMHI hatte hier im Petén eine Art Türöffnerfunktion für die CEH. Ein grosser Unterschied zwischen den beiden Projekten war, dass die CEH Zugang zu Informationen hatte, an die wir nicht herankamen, z.B. aus Militär- und Wirtschaftskreisen. Rückblickend würde ich sagen, dass die Zusammenarbeit sehr gut war. Die grosse Frage, die sich nun stellt und auch uns als Kirche stark beschäftigt, ist die Frage der Weiterführung der beiden Projekte. Wir versuchen über die Kirchgemeinden die Ergebnisse des REMHI an die Bevölkerung zurückzugeben. Es gibt Kirchgemeinden, die diese Aufgabe sehr ernst nehmen und Treffen organisieren, um die Ergebnisse des REMHI in die Bevölkerung zurückzutragen. Aber es braucht mehr als das und diesbezüglich ist die Situation ziemlich verwickelt. Auf nationaler Ebene wird viel in die Exhumierungen investiert, was übrigens eine der Empfehlungen der CEH ist und auch von der Bevölkerung selber gefordert wird.

Im Petén beschränkt sich die Wiedergutmachung vorwiegend auf die ökonomische Entschädigung der Leute. Die Rechte manipuliert diese Politik und fokussiert sie auf die Entschädigung der Zivilpatrouillen, die hier im Petén sehr stark sind. Bisher ist es noch nie vorgekommen, dass an einer Demonstration im Petén mehr als 600 Personen teilgenommen haben, mit zwei Ausnahmen: Als der 'Christo Negro' durch die Strassen geführt wurde, fand ein Umzug von ca. 1000 Personen statt. Und als die Ex-PAC auf die Strasse gingen und Entschädigung forderten, waren es ca. 4000 Leute. Mit diesen zwei Beispielen kann man sich ein Bild machen, wie und wo die Interessen liegen: Die Konzentration auf eine materielle Wiedergutmachung und die Aufrechterhaltung der Militarisierung der Gegend.

*Frage: Haben denn die Ex-PAC das selbe Anrecht auf eine Wiedergutmachung wie die Zivilbevölkerung?*

*Leiva:* Darum geht es gar nicht, sondern darum, dass die Ex-PAC das Thema Wiedergutmachung für sich beanspruchen und die Diskussion darüber zu ihren Gunsten manipulieren. Z.B. dahingehend, dass sie als 'Opfer' anerkannt werden. Das sind sie ja auf eine Art auch, aber der Hintergrund ihrer Ge-

schichte ist ein ganz anderer, nämlich ein militärischer.

ADEP (Vereinigung der entwurzelten Bevölkerung des Petén), ist eine Volksorganisation, die sich für die Wiedergutmachung stark macht. Sie fordert nicht so sehr eine ökonomische Wiedergutmachung, sondern z.B. eigenes Land, eigene Wohnung und die Erfüllung minimaler Lebensbedingungen. Dies ist auch eine sehr wichtige und ehrenhafte Forderung. Das Thema, das bei der ganzen Diskussion über die Wiedergutmachung aber auf der Strecke geblieben ist, ist die Suche nach den Verschwundenen, die würdige Anerkennung ihrer Schicksale. Ich kenne bloss zwei Fälle, wo dies geschehen ist: Die Errichtung des Denkmals in Las Cruces für die Opfer von Dos Erres und die beiden Denkmale in El Chal. In diesen Fällen ging es darum, anzuerkennen, dass die ermordeten Leute unschuldig waren und darum, ihnen wieder einen Platz in der Gesellschaft zukommen zu lassen.

*Frage: Die Regierung hat offiziell die Verantwortung für das Massaker von Dos Erres anerkennt und trotzdem läuft nichts in Richtung einer Verurteilung der beteiligten Militärs...*

*Leiva:* Natürlich müssten nach allen Exhumierungen Prozesse gegen die Verantwortlichen geführt werden. Aber die Bewegung derjenigen, die eine materielle Wiedergutmachung fordern, ist dermassen gross, dass die andere Forderung untergeht. Dies ist natürlich ganz im Interesse der Regierung und wird von ihr entsprechend manipuliert.

*Frage: Die Leute von ADEP z.B. sagen, dass sie sich lieber für eine ökonomische Wiedergutmachung einsetzen, als dass sie ihre Zeit an den Gerichten verlieren, die von der Straflosigkeit regiert werden und wo sie sowieso nie zu ihrem Recht kommen...*

*Leiva:* Vielen Leuten ist es wichtiger, einen Wasseranschluss, eine Schule und eine gepfästerete Strasse zu haben, und in dieser Beziehung unternimmt die Regierung auch tatsächlich etwas. Für mich gibt es zwei Gründe, weshalb es so schwierig ist, eine Gemeinde dazu zu bringen, einen Prozess zu führen: Der eine ist die herrschende Straflosigkeit, aktuelles Beispiel dafür ist der Fall Gerardi. Bei

den Leuten hinterlässt dieser Fall das Gefühl von "Wenn es schon nicht möglich ist, den Mord an Erzbischof Gerardi aufzuklären, wie soll jemals der Fall meines Ehemannes aufgeklärt werden"? Der andere Grund ist die Armut der Leute. Sie stecken in hohen Schulden und ihre Hauptsorge ist das tägliche Überleben. In einer solchen Situation von ihrer Würde zu sprechen, von der Wichtigkeit der Öffnung von Freiräumen, von Versöhnung, ist sinnlos.

Dazu kommt, dass in der Region Petén die Militarisierung zugenommen hat. Erklärt wird das damit, dass der Petén eine Grenzregion ist und die Verfassung festlegt, dass die Grenzen geschützt werden müssen. Als weiteres Argument wird der Schutz der Naturreservate aufgeführt.

Viele der hier im Petén stationierten Militärs werden im Bericht der CEH klar der Menschenrechtsverletzungen bezichtigt. Darin sehe ich die eigentliche Schwierigkeit, eine Wiedergutmachung zu fordern, die auf der Würdigung der Opfer aufbaut.

Eine andere Forderung der CEH, die völlig ausser Acht blieb, ist die Aufnahme der Ergebnisse der Wahrheitskommission in die Schulbücher. Es gibt einige Vorstösse seitens der Organisationen die an einer Erziehungsreform arbeiten, aber seitens der Regierung gibt es keinen seriösen Vorschlag in diese Richtung. Diejenigen LehrerInnen, die die Ergebnisse des REMHI und der CEH in den Unterricht aufnehmen, machen das aus Eigeninitiative.

*Frage: Wenn du nun eine Bilanz bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen der CEH ziehst, wie sieht die aus?*

*Leiva:* Negativ. Ich sehe auch keine Hoffnung, dass sich unter der jetzigen Regierung etwas verändert. Nur schon die Tatsache, dass einer der Hauptverantwortlichen des Genozids heute Kongresspräsident ist, spricht für sich. Und so wie sich die wirtschaftliche Situation des Landes präsentiert, sehe ich auch keine Chance, dass die Bevölkerung die Kraft hat, Forderungen zu stellen.

*Frage: Was verstehst du unter dem Begriff 'Versöhnung'?*

*Leiva:* Die Kirche kennt eine klare Definition des Begriffs. Um in der Beichte das Versöhnungssakrament zu bekommen, müssen fünf Schritte befolgt werden. Zusammengefasst sind dies: Anerkennung, Schmerz, Beichte, Reue, und das Bestreben, es nicht zu wiederholen. Wenn wir nun dieses Vorgehen auf un-

sere nationale Situation übertragen wollen, funktioniert es nicht, weil da das Vorgehen "Verzeihen und Vergessen" angewendet wird. Es fehlt die Gerechtigkeit, es fehlt (mit wenigen Ausnahmen) die Anerkennung der Verantwortung des Staates. Es gibt z.B. eine Empfehlung der CEH, die es den Verantwortlichen der Massaker verbieten will, öffentliche Ämter zu bekleiden. Doch die Realität ist eine andere: Die heutige Polizei ist z.B. viel repressiver als die frühere Polizei, Beispiele dafür kannst du täglich in der Zeitung lesen. Unter diesen Umständen kann es nie eine Versöhnung geben.

Vielleicht, in speziellen Momenten und unter speziellen Bedingungen, können in einigen Gemeinden solche Prozesse geführt werden. Dass z.B. ein ehemaliges Mitglied der PAC oder ein ehemaliger Militärkommissär als Verantwortliche geoutet werden und die Gemeinde sie dennoch aufnimmt. Auf dieser Ebene kann ich mir vorstellen, dass Versöhnung geschieht, aber auf staatlicher Ebene glaube ich nicht daran.

*Frage: Gibt es konkrete Beispiele von Gemeinden, wo solche Gegenüberstellungen stattfanden?*

*Leiva:* Von verschiedenen Volksorganisationen und der katholischen Kirche wurde der 26. Februar als der Nationale Tag der Opfer und der 30. Juni (als Gegenpol zum Tag der Armee) als Tag der MärtyrerInnen anerkannt. Für diese Tage haben wir Material vorbereitet für die Gemeinden, Hilfsmittel für eine gemeinschaftliche Reflexion, die zu einer Versöhnung führen kann. Wirklich durchgeführt werden konnte dies jedoch nur an ganz wenigen Orten. Dies hat damit zu tun, dass an sehr vielen Orten die alten Kontrollstrukturen noch vorhanden sind, und niemand jemals sagen wird, "dieser und jener sind es gewesen", obwohl alle Leute es wissen. Im besten Fall haben die Leute bei ihren Aussagen fürs REMHI darüber gesprochen, weil ihnen da garantiert wurde, dass ihre Aussagen anonym bleiben.

*Frage: Wie erklärst du dir, dass es in Guatemala keine Racheakte gibt, wie es sie zum Beispiel in Nicaragua nach der Demobilisierung der Contras und des sandinistischen Militärs gab?*

*Leiva:* Das hat mit der kulturellen Verschiedenheit der beiden Länder zu tun. Wie erklärst du dir folgendes Verhalten: Einer Frau wurde der beim Aufräumen eines Kasernengeländes gefundene Ausweis ihres verschwundenen Sohnes überreicht, was soviel wie der

Beweis dafür ist, dass der Sohn dort ermordet wurde. Die Person hegte während zweier Monate Rachegefühle gegenüber dem befehlshabenden Militär der Kaserne. Doch während einer Gegenüberstellung mit dem Täter sagte die Person: "Keine Angst, ich habe Ihnen verziehen".

Um ein solches Verhalten zu verstehen, muss man die kulturellen Hintergründe analysieren. Ein Aspekt ist sicher die Identität der indigenen Bevölkerung. Es ist aber auch eine Folge der jahrhundertelangen Unterdrückung.

*Frage: Aber jeder Mensch der gegen aussen verzeiht, trägt sicher unheilbare, innere Wunden mit sich herum. Vielleicht ist es auch eine Frage des Glaubens, aber viele Leute haben ja genau wegen des Erlebten ihren Glauben verloren.*

*Leiva:* Sicher. Die katholische Kirche führt seit neustem auch psychosoziale Programme durch. Wir arbeiten mit MultiplikatorInnen, die die Arbeit in den Gemeinden ausführen. Auch dazu ein Beispiel: Einen dieser Multiplikatoren kenne ich, seit ich seine Aussage für das REMHI aufnahm. An einem späteren Workshop erzählte er, er habe verziehen, er wisse und spüre, dass er verziehen habe. Das war vor fünf Jahren. Nun, bei der Ausbildung als Multiplikator erzählte er seine Geschichte wieder und sagte, er habe zwar auf einer intellektuellen Ebene verziehen, trage aber immer noch eine tiefe innere Wut mit sich herum, die er nicht loswerde. Eine Leere, das

## ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntäglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

Nichtwissen, was mit seinem Kind geschehen ist, ein innerer Konflikt, mit dem er nicht zurechtkomme.

Wie mit diesen Gefühlen umzugehen ist, weiss ich selber nicht – es ist einfach zuviel. Was wir mit unserem Programm versuchen, ist, in den Gemeinden einen Raum des Vertrauens zu schaffen, um über die Erlebnisse der Vergangenheit sprechen zu können.

*Frage: Erreicht ihr dieses Ziel?*

*Leiva:* Es ist schwierig, die Leute dazu zu bringen, ihre Herzen ganz zu öffnen. Dazu möchte ich ein Beispiel erzählen von einer Veranstaltung, an der öffentlich ein ehemaliges Mitglied der PAC angeklagt wurde. Die Leute sagten alles, was ihnen auf dem Herzen lag, was sie dieser Person schon immer sagen wollten. Später sass ich mit zwei Personen zusammen, die an diesem Anlass gesprochen, angeklagt haben. Und beide waren noch voller schlechter Gefühle, hatten nicht das sagen können, was sie eigentlich wollten.

Deshalb ist es wichtig, solchen Prozessen eine Kontinuität zu geben, damit das, was beim ersten Mal nicht gesagt werden konnte, vielleicht beim zweiten Mal zur Sprache kommt, oder beim dritten Mal. Ich glaube nicht, dass es dazu SpezialistInnen braucht, sondern es braucht Leute, die bereit sind, zuzuhören.

*Frage: Eigentlich sollte es doch ein alltägliches Thema sein, schliesslich betrifft es hier im Petén fast alle Leute. Wie erklärst du dir dieses anhaltende kollektive Schweigen?*

*Leiva:* Wenn jemand von jemandem weiss, dass dieser Person etwas 'passiert' ist, findet eine Annäherung statt, auch wenn nie darüber gesprochen wird. Ein Beweis dafür ist meiner Meinung nach das eindrucklich schnelle Anwachsen von ADEP. Die Leute identifizieren sich miteinander, obwohl sie nicht im Detail wissen, was die andern erlebt haben. Der Schmerz und das Leiden ist etwas sehr Privates.

Der andere Grund, weshalb nicht darüber gesprochen wird, ist die Stigmatisierung der Opfer: "Wer weiss, in was die Person gesteckt hat, dass ihr das oder jenes geschehen ist". Diese Art von Gehirnwäsche wurde vom Militär während des ganzen Krieges angewandt und ist immer noch tief in den Köpfen der Leute verwurzelt. Es

findet auch heute noch eine Überwachung einzelner Leute statt.

Ein weiterer Unterschied zu Nicaragua und auch zu El Salvador ist, dass dort die Leute offen sagen, ich gehör(t)e zum FSLN oder zum FMLN. In diesen Ländern war klar: Entweder du gehörst dazu oder du gehörst nicht dazu. Hier war es anders. Wenn du offen zugabst 'dazuzugehören', warst du verloren. Katholisch oder reformiert zu sein, ArbeiterIn zu sein, fröhlich zu sein, dem Fussballclub anzugehören, oder das Dorfkomitee zu organisieren, bedeutete in gewissen Gebieten, der Guerilla anzugehören. Und dies ist noch nicht aus den Köpfen der Leute verschwunden.

Für viele ist es heute noch eine Sünde, sich zu organisieren. Gut, vielleicht ist es heute akzeptiert, sich zu organisieren. Aber es ist eine 'Sünde', dabei ein T-Shirt der URNG zu tragen. Vielleicht siehst du einige, die ein T-Shirt vom Ché tragen, aber das sind StudentInnen oder MitarbeiterInnen von NGO's. Aber jemand aus der Bevölkerung, auch wenn ihm oder ihr das T-Shirt vom Ché noch so gut gefällt, sie ziehen es nicht an, weil irgend jemand etwas schlechtes über sie denken könnte.

Vergiss nicht, es waren 36 Jahre Bürgerkrieg und wir befinden uns erst im vierten Jahr sogenannten Friedens.

*Frage: Kannst du der Bilanz des Versöhnungsprozesses auch etwas positives abgewinnen?*

*Leiva:* Unter der Bevölkerung ist ein grosser Gemeinschaftssinn spürbar. Es sind unheimlich viele Dorfkomitees entstanden. Auch wenn diese ihre Arbeit auf ein spezifisches Thema konzentrieren (die Schule, das Wasser, die Strasse, etc.), ist es doch ein Beweis für die organisatorische Fähigkeit der Leute. Und was mich an dieser Entwicklung speziell freut, ist, dass diese Komitees meist keiner politischen Partei angehören, sondern schlicht die Interessen der Bevölkerung vertreten. Ebenfalls spürbar ist eine verstärkte Beteiligung der Indígenas und der Frauen.

Dazu hat sicher auch die Arbeit der ONG's und die von MINUGUA beigetragen, aber ebenso die Verbreitung der Inhalte der Friedensabkommen, der Ergebnisse der Wahrheitskommission und des REMHI. Die Organisationen haben heute nicht mehr einen ausgeprägt kämpferischen Charakter, sondern verfolgen vielmehr das Ziel, ein Dialog- und Diskussionsforum zu sein, in dem gemeinsam neue

Perspektiven erarbeitet werden können.

*Frage: Wie stellst du dir Guatemala in fünf Jahren vor?*

*Leiva:* Eine schwierige Frage....Die Freihandelsverträge schaden dem grössten Teil der Bevölkerung mehr, als dass sie ihm nützen. Die Bresche zwischen Arm und Reich wird grösser und zwar nicht nur im ökonomischen Sinn, sondern auch, was die sozialen Mitsprache- und Ausdrucksmöglichkeiten betrifft.

In fünf Jahren wird niemand mehr über die Vergangenheit sprechen wollen. Es gibt eine starke Tendenz zur Individualisierung, zur Konsumgesellschaft. Die ältere Generation wird sich vielleicht noch an die Repression erinnern, für die Jungen wird die Vergangenheit ein Thema sein, das sie nicht interessiert.

Ich habe eine grosse Hoffnung, aber die wird sich nicht in den nächsten fünf Jahren erfüllen: Der Fall Pinochet ist ein Zeichen dafür, dass es möglich ist, eine Veränderung im Justizsystem eines Landes zu erreichen und die Straflosigkeit zu durchbrechen. Aber für Guatemala sehe ich dieses Ziel noch in weiter Ferne.

## Casa Alianza überfallen

**Guatemala, 6. April.** In den frühen Morgenstunden des 2. April stellten Angestellte der Kinderhilfsorganisation *Casa Alianza* fest, dass ins Büro des Strassenkinderprogramms der Organisation eingebrochen wurde. Dabei wurden die Metallaktenschränke, in denen die Dossiers über die von *Casa Alianza* betreuten Strassenkinder aufbewahrt werden, aufgebrochen und hunderte von Akten im ganzen Büro verstreut. Das Personal von *Casa Alianza* versucht nun herauszufinden, ob bestimmte Akten verschwunden sind.

Ausserdem wurden zwei Digitalkameras gestohlen. Die Einbrecher versuchten auch, ins Büro der Rechtshilfeabteilung der Organisation zu dringen, was ihnen aber nicht gelang.

"Wir wollen den Einbruch nicht überbewerten, aber er beunruhigt uns doch", erklärte der Verantwortliche von *Casa Alianza* in Guatemala, Arturo Echeverría. "Wir haben während der letzten Woche mehrere eigenartige Telefonanrufe bekommen. Ausserdem verlangte die Polizei Informationen über verschiedene Strassenkinder, die sie offenbar als Geiseln im Gefängnis festhalten", informierte Echeverría weiter.

## Die Krise der FRG spitzt sich zu

**Guatemala, 10. April.** Nachdem der Oberste Gerichtshof (CSJ) am 5. März die Immunität von 24 Parlamentariern der Republikanischen Front Guatemalas (FRG), die in die Fälschung eines Gesetzes über Alkoholsteuern verwickelt sind, aufgehoben hatte, begann ein allgemeines Stühlerücken und Sitzetauschen innerhalb der Partei.

Am 15. März traten die beiden Kongressabgeordneten Juan Carlos Gutiérrez und Hugo Rolando Samayoa aus der FRG aus, traten von ihrem Amt im Parlament zurück und wechselten in die neugegründete Nationale Vereinigung der Hoffnung (UNE), deren führendes Mitglied der Ex-Präsidentschaftskandidat der Linken, Alvaro Colom, ist.

Samayoa begründete seinen Rücktritt damit, dass er nicht mehr hinter der Parteilinie stehen könne. Ihm fehle ein nationales Projekt. Weiter kritisierte er die Vetternwirtschaft und fehlende Transparenz innerhalb der Partei. Gutiérrez ging noch weiter. Ríos Montt wolle eine theokratische Partei einführen, meinte er.

Die Aufhebung der Immunität bedeutet, dass den betreffenden Kongressabgeordneten der Prozess gemacht werden kann. Es bedeutet aber nicht automatisch, dass sie auch von ihren Posten zurücktreten müssen. Das entsprechende Gesetz (Artikel 16 der Kongressgeschäftsordnung) wurde nämlich kurzerhand von der FRG-Mehrheit geändert. Die Opposition erhob sofort Einspruch beim Verfassungsgericht, wo ein Entscheid im Moment hängig ist. Ríos Montt gab sich dem gegenüber gelassen: "Egal, wie das Verfassungsgericht entscheidet, ich werde meinen Posten nicht verlassen", gab er der Öffentlichkeit bekannt.

Die FRG beruft sich darauf, dass, wenn das Verfassungsgericht die Änderung des Artikels 16 anerkennt, sie in ihren Posten bleiben könnten. Im gegenteiligen Fall bedeute es aber nicht (und dabei berufen sie sich auf die Verfassung), dass bei Ausserkraftsetzung eines Gesetzes (des geänderten Artikels 16) automatisch das vorher gültige Gesetz wieder in Kraft trete.

Über diese Frage wird wohl noch ein langwieriger Rechtsstreit geführt werden, denn das *Zentrum zur Verteidigung der Verfassung* (CEDECON) und das *Institut für Verfassungsrecht* beharren darauf, dass im Fall einer Suspendierung eines Gesetzes das vorher gültige wieder in Kraft tritt.

Die Taktik der FRG, einer eventuellen Verurteilung ihrer Mitglieder mög-

lichst viele juristische Hürden in den Weg zu stellen und dem Thema damit jeden politischen Inhalt zu entziehen, ist einmal mehr bestens gelungen. Präsident Portillo trug das seine dazu bei, um die Verwirrung noch zu vergrößern: "Nur keine Aufregung. Was wir im Moment erleben, sind die Nebengeräusche eines sich festigenden Rechtsstaates und einer Demokratie. Ich bin sicher, dass das Recht allen Spekulationen zum Trotz, siegen wird", erklärte er bei einem Besuch im Kongress, bei dem es darum ging, Ríos Montt und den anderen angeklagten Kongressmitgliedern den Rücken zu stärken.

Der Rücktritt der beiden obengenannten FRG-Kongressabgeordneten zeigt, dass nicht alle innerhalb der FRG mit dem Verhalten ihres Parteipräsidenten einverstanden sind. Immer häufiger ist von anonym bleiben wollenden FRG-Mitgliedern Kritik zu hören. Kritisiert wird zum Beispiel die Macht einer als 'Bruderschaft' oder 'Familie' bezeichneten Ríos Montt-treuen Gruppe, die innerhalb des Kongresses und in den Ministerien den Ton angibt. Diese Bruderschaft erhielt Stärkung durch Aristides Crespo und Rudio Leccan Mérida, welche die beiden zurückgetretenen Abgeordneten ersetzen. Crespo, ursprünglich ein PAN-Politiker, bei den letzten Wahlen aber als FRG-Abgeordneter für Escuintla in den Kongress gewählt, verlässt seinen aktuellen Posten als Leiter des *Friedensfonds* (FONAPAZ), um als FRG-Fraktionschef in den Kongress zurückzukehren.

Leccan Mérida, ehemaliger Direk-

tor der Nationalen Zivilpolizei (PNC), steigt als stellvertretender Sekretär der Partei in den Kongress ein. Zur 'Bruderschaft' gehören auch Haroldo Quej, Nachfolger Crespo's als Leiter von FONAPAZ, Mario Rivera, Francisco Reyes (Vizepräsident) und weitere zwanzig FRG-Mitglieder. Als Kopf der Gruppe fungiert Zury Ríos Sosa, Tochter von Ríos Montt, die ihn im Moment auch als Kongresspräsidentin ersetzt. Die offizielle Version lautete, er leide unter einer Kehlkopfentzündung, doch liegt die Vermutung nahe, dass sich Ríos Montt im Moment etwas aus dem Rampenlicht zurückziehen will, um nicht noch mehr Einsprachen und Anschuldigungen auf sich zu ziehen.

Die Opposition im Kongress anerkennt die neue Leitung des Kongresses nicht. Die Unterschriften, die Zury "in Funktion des Präsidenten" tätige, seien nicht rechtsgültig, da Ríos Montt seinen Rücktritt nicht offiziell beantragt habe. Verschiedene OppositionspolitikerInnen erstatteten bei MINUGUA Anzeige, weil sie telefonische Drohungen bekommen haben. Ebenfalls beklagten sie sich darüber, dass ihre Wortmeldungen im Kongress zensuriert würden. Die PAN ihrerseits entschied, nicht mehr an den Sitzungen des Kongresses teilzunehmen, um nicht zu "KomplizInnen eines illegalen Zustandes zu werden".

Am 26. März gründeten OppositionspolitikerInnen, VertreterInnen des CACIF und soziale Organisationen die *Front gegen die Gesetzesverletzungen und die Verfassungswidrigkeit des Kongresses*.

## Interne Kritik an der URNG

**Guatemala, 6. April.** Unter dem Namen *Strömung zur Rettung der Revolution innerhalb der URNG* veröffentlichte eine Gruppe von rund 1500 Mitgliedern der URNG einen Aufruf an die Parteiführung (CEN).

Bereits einen Monat vorher hatte die Gruppe ein ausführliches Dokument mit konkreten Vorschlägen verabschiedet, um die internen Meinungsverschiedenheiten zu klären und den revolutionären Geist der Partei zu retten. Unter anderem fordert die Gruppe von der Parteiführung:

-Eine klare, abgrenzende Position gegenüber der Regierung Alfonso Portillos.

-Eine Revision der internen Strukturen, damit eine möglichst breite und demokratische Beteiligung aller Mitglie-

der an den parteiinternen Diskussionen gewährleistet ist.

-Eine Evaluation des Wiedereingliederungsprozesses der KämpferInnen und der Kaderleute ins Zivilleben.

-Die Annulierung aller von der Parteiführung seit Mitte November letzten Jahres getroffenen Entscheide, speziell die der Ernennung Rodrigo Asturias (Gaspar Ilom) in die Begleitkommission der Friedensabkommen.

Weiter fordert die Gruppe eine transparente Vorbereitung des Parteikongresses, der ursprünglich für April geplant war, der aber wegen interner Schwierigkeiten verschoben wurde. Im am 6. April veröffentlichten Kommuniké kritisiert die "Strömung" auch, dass die Parteiführung nicht auf ihr erstes Schreiben geantwortet hat.

## Maya-Frauen gründen neue Organisation

**Guatemala, 7. April.** Bereits Anfang Februar gründete eine Gruppe namhafter Indígena-Frauen die Organisation *Moloj Ki No'jb'al Mayib'Ixoq'ibi* (Politische Vereinigung der Maya-Frauen), kurz *Moloj* genannt.

Der Gründung von *Moloj* ging ein achtzehn Monate dauernder Prozess voraus, an dem Frauen unterschiedlicher Ethnien, sozialer Herkunft, ideologischer und politischer Ausrichtungen und Bildung teilnahmen. Der Vereinigung angeschlossen haben sich national und international bekannte Persönlichkeiten wie Otilia Lux de Cotí, aktuelle Kultur- und Sportministerin, Manuela Alvarado, ehemalige Kongressabgeordnete der FDNG (Demokratische Front neues Guatemala) und die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú.

Ethnisches und geschlechterspezifisches Bewusstsein sind zwei der Hauptprinzipien von *Moloj*. Ein wei-

teres ist die Überparteilichkeit. Ob eine Frau sich politisch links definiert oder rechts, spielt für die Mitgliedschaft bei *Moloj* keine Rolle, einziges Kriterium ist, dass die Frau Indígena ist.

Als die Gründung von *Moloj* bekannt wurde, wurde darüber spekuliert, ob die Vereinigung Rigoberta Menchú als Plattform für die nächsten Wahlen dienen sollte. "Ich glaube nicht, dass meine Freundinnen wollen, dass ich meine Aktivitäten auf Guatemala beschränke. Meine Arbeit ist es, auf internationaler Ebene für die Menschenrechte einzustehen", wies Menchú diese Unterstellung von sich.

Das erklärte Ziel von *Moloj* ist, in den nächsten Jahren eine grössere Indígena-Frauenvertretung in allen politischen Bereichen zu erlangen. "Wir wollen den Platz einnehmen, der uns immer verweigert wurde, weil wir Frauen sind und weil wir Indígenas sind", erklärte Rigoberta Menchú an der Gründungsveranstaltung.

Heute wird keine der 331 Gemeinden Guatemalas von einer Indígenafrau geleitet. Nur sechs besetzen einen der insgesamt 3245 Gemeinderatsitze. Von den dreizehn Ministerien ist genau eines von einer Indígenafrau besetzt. Nur eine Indígena, Maria Elisa López Ixtabalán, amtiert als Gouverneurin in einem der 22 Departemente. Von den 113 Kongresssitzen sind zwei von Indígenafrauen besetzt. Keine Partei in Guatemala wird von einer Frau geleitet auch wenn die Frauen ein Viertel aller Parteimitglieder ausmachen.

Doch Maya-Frau sein allein ist kein Programm: Kürzlich forderten 21 Gemeinderäte aus dem Departement Quetzaltenango die Absetzung ihrer Gouverneurin, Marie Elisa López Ixtabalán. Ihr, wie auch anderen Mitgliedern einer Kommission des *Entwicklungsrates* wird vorgeworfen, bei der Ausführung von Projekten die eigenen ParteifreundInnen zu bevorzugen.

## Zustand der Unregierbarkeit dauert an

**Guatemala, 11. April.** Die grosse Diskrepanz zwischen den Forderungen der Bevölkerung und den Taten der Regierung, hat den Legitimitätsverlust der Regierung und einen Zustand der Unregierbarkeit zur Folge. Ausdruck davon sind die vermehrt auftretenden Fälle von Lynchjustiz (durchschnittlich einer pro Woche), aber auch zahlreiche, meist friedlich verlaufende Demonstrationen breiter Bevölkerungsschichten:

Mit dem Slogan "Eine Familie ohne Haus ist eine Familie ohne Frieden" demonstrierte Ende März eine Gruppe demobilisierter KämpferInnen der URNG und intern Vertriebenen vor dem Gebäude des *Friedenssekretariates* (SEPAZ) für die Einhaltung der Friedensabkommen. Speziell forderten sie die sofortige Umsetzung des versprochenen Programms für Wohnungsbau. Bereits vor zehn Monaten versprach die Regierung 200 Millionen Quetzales (26.5 Millionen US-\$) für den Bau von Häusern für diese Bevölkerungsgruppen. Bisher wurde das Geld jedoch nicht ausbezahlt. Geplant ist, mit diesem Geld fast 5800 Häuser in insgesamt 103 Gemeinden zu bauen.

Nach fünfständiger Verhandlung erreichte die Delegation der Ex-KämpferInnen und der intern Vertriebenen, dass die Regierung ein Dokument unterschrieb, in dem sie versprach, am

23. April mit der Auszahlung der Gelder zu beginnen.

Am 2. April reisten BäuerInnen der Südküste in die Hauptstadt, um von der Regierung die Einhaltung der Friedensverträge und die Überschreibung von Land zu fordern. Felix Velásquez vom *Komitee der BäuerInneneinheit* (CUC) erklärte, sie kämpften um das Land, das ihnen zur Zeit Präsident Arbenz' überschrieben und später wieder enteignet worden sei. Seit dem vergangenen 26. März haben an verschiedenen Orten Landbesetzungen stattgefunden mit dem Ziel, die Regierung zu Verhandlungen zu zwingen. Das Ziel wurde (teilweise) erreicht. Nach mehrstündigem Warten wurde eine Delegation der demonstrierenden BäuerInnen vom Arbeitsminister und vom Leiter des *Landfonds* empfangen.

Parallel dazu besetzte eine Gruppe von rund 300 Personen die Strassenkreuzung "Los Encuentros", wo die Strasse von der nach Huehuetenango führenden *Panamericana* nach Quiché abzweigt. Die Forderung dieser Aktion war, dass die Regierung den *Indígena-Entwicklungsfonds* nicht aufhebt. Die BesetzerInnen forderten ein Gespräch mit dem Departementgouverneur Carlos Antonio López García. Dieser traf auch tatsächlich vor Ort ein und vermittelte den BesetzerInnen einen Termin beim Sekretär

des Präsidenten, Luis Mijangos.

Gleichzeitig gab der *Landfonds* bekannt, dass er während der ersten drei Monate des Jahres der Landbevölkerung insgesamt 27 Fincas überreicht habe. Damit sei 1'623 Familien Land zugeteilt worden. Ausserdem habe der *Landfonds* Kredite in der Höhe von total 50.6 Millionen Quetzales (rund 675'000 US-\$) und Subventionen in der Höhe von etwa 30'000 Quetzales (rund 4000 US-\$) gewährt.

Am 4. April gab es erneute Proteste in der Hauptstadt. Rund 500 HändlerInnen der 23 Quartiermärkte in der Hauptstadt streikten während einem Tag, die Märkte blieben geschlossen. Damit demonstrierten die HändlerInnen gegen ein kürzlich erlassenes Dekret der Stadtregierung, das in ihren Augen ein erster Schritt in Richtung der Privatisierung der Quartiermärkte bedeutet.

Zu einem friedlichen BürgerInnenprotest rief die Tageszeitung *el Periódico* die BewohnerInnen der Hauptstadt auf. Solange die Krise im Kongress andauere und die Menschenrechtsverletzungen gegen JournalistInnen verschiedener Medien weitergingen, sollten die Leute jeden Abend um sechs Uhr "Lärm schlagen", sei dies mit der Autohupe oder mit Pfannendeckeln oder sonstigen Lärminstrumenten.

## Guatemala stimmt in der UNO gegen Palästina

**Genf, 7. April.** Guatemala und die USA sind die einzigen Staaten innerhalb der UNO-Menschenrechtskommission, die gegen das "unveräusserlichte, bleibende und absolute" (Originaltext) Recht Palästinas auf eine eigene Staatsgründung stimmten.

Die Resolution, die von der UNO-Menschenrechtskommission mit 48 von insgesamt 53 Stimmen angenommen wurde (Kanada und Rumänien enthielten sich der Stimme), anerkennt das Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen und ihr Recht auf einen unabhängigen und souveränen Staat.

Der Delegationschef der USA, Shirin Tahir-Kheli, begründete seine

Position damit, dass die Resolution der "komplexen jüdisch-palästinensischen Situation nicht Rechnung trage und die Perspektiven für einen Frieden im nahen Osten verringere".

Der guatemalteckische Vertreter, Antonio Arenales Forno, gab erst drei Tage später eine offizielle Erklärung für seine Position bekannt: "Es ginge nicht darum, dem palästinensischen Volk sein Recht auf Unabhängigkeit abzuspüren, sondern darum, das Recht Israels auf Unabhängigkeit zu bestätigen."

Guatemala ist eines der zentralamerikanischen Ländern, in dem verhältnismässig viele PalästinenserInnen leben.

Aber auch Guatemala wurde von

der kanadischen Delegation und den VertreterInnen der Europäischen Union innerhalb der UNO-Menschenrechtskommission stark kritisiert. Vor allem die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit wurde angeprangert. Gefordert werden Reformen im Justizwesen, Garantie der Sicherheit und Veränderungen im militärischen Bereich.

## Polemik um StudentInnenstreik

**Guatemala, 31. März.** Der traditionelle StudentInnenstreik, der dieses Jahr zum 103. Mal zelebriert wurde, fand unter Abwesenheit seines höchsten Gremiums, dem "ehrenwerten Streikkomitee", statt. Verschiedene Fakultäten stellten die 'Ehrenwertigkeit' des Komitees in Frage und brachten Korruptionsgerüchte in Umlauf.

Alljährlich sammeln verummte StudentInnen in den Wochen vor dem grossen Umzug auf der Strasse Geld, um ihre Aktivitäten zu finanzieren. In Quetzaltenango ist es auch Brauch, die Unternehmen und Geschäfte um einen Beitrag zu bitten. Wer sich weigert, etwas zu geben, hat am Tag des Umzugs die Fassade seines Hauses mit Farbeiern (bzw. -Kübeln) beworfen.

Dieses Jahr verlangten die StudentInnen der Hauptstadt von Präsident Portillo einen Betrag von 30'000 Quetzales (rund 4'000 US-\$) mit der Begrün-

dung, wenn schon jeder Fussballspieler für seine geschossenen Tore tausende von Quetzales bekäme, weshalb nicht auch die StudentInnen für ihre Aktivitäten. Die 'Huelga' sei ein wichtiger Beitrag zum kulturellen Leben Guatemalas. Das Geld des Präsidenten werde dazu gebraucht, ein Konzert der venezolanischen Gruppe "Los Guaraguo" zu finanzieren.

Radikalere Tendenzen innerhalb der StudentInnenbewegung warfen dem "ehrenwerten Komitee" und dem Sekretär der StudentInnenbewegung AEU, Jorge Mario García, vor, sich verkauft zu haben. "Unsere Bewegung kostet nicht 30'000 Quetzales, señores, sie ist unbezahlbar", war denn auch eine der Parolen, die am Umzug mitgeführt wurde. Vor dem Regierungsgebäude gaben Mitglieder der Rechtsfakultät symbolisch den Betrag zurück, indem sie Schokoladegeld verteilten.

## 400'000 GuatemalteKInnen von Deportation bedroht

**Guatemala, 9. April.** Die *Koalition guatemalteKischer MigrantInnen in den USA* (CONGUATE) informierte, dass rund 400'000 'illegal' in den Vereinigten Staaten lebende GuatemalteKInnen von der Ausschaffung bedroht sind. CONGUATE setzt sich seit Jahren für eine gerechtere Migrationspolitik sowohl in den USA wie auch in Guatemala ein.

Das Problem der 'Papierlosen' betreffe auch die guatemalteKische Regierung, erklärten Vertreter von CONGUATE. Die Geldsendungen der MigrantInnen an ihre Familienangehörigen in Guatemala sei ein wichtiger Beitrag an die guatemalteKische Wirtschaft.

Seit dem Nacara-Gesetz, das den Aufenthaltsstatus sämtlicher vor 1995 in die USA migrierten ZentralamerikanerInnen regelt, sei nichts mehr in diese Richtung geschehen. Die meisten nach 1995 eingereisten Personen haben keine Aufenthaltsbewilligung in den USA. Am Ende der Ära Clinton hat der us-amerikanische Kongress auf Druck der MigrantInnenorganisationen noch einige Änderungen am Migrationsgesetz vorgenommen, was jedoch nicht viel an der Situation der 'Illegalen' ändert.

Von der Regierung Bush wird eine Verschärfung des Migrationsgesetzes erwartet.

## In eigener Sache

Ich möchte an dieser Stelle allen Personen danken, die in den vergangenen zwei Monaten zur Herausgabe des ¡Fijáte! beigetragen haben. Besonderer Dank gebührt Christian Hagman, der als Koordinationsstelle funktioniert hat und die Schlussredaktion sowie den Versand gemacht hat.

Es war für mich ganz wichtig, wieder einmal 'vor Ort' zu sein, alte Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen. So konnte ich zum Beispiel das *Centro de Estudios de Guatemala* (CEG), eine der Hauptinformationsquellen des ¡Fijáte! dafür gewinnen, regelmässige politische Analysen speziell für den ¡Fijáte! zu schreiben.

Meine persönliche Einschätzung zur politischen und sozialen Situation in Guatemala fällt trotz Politskandalen, Gerüchten über Staatsstreich, neoliberalen Wirtschaftsentwicklungen und zunehmenden Menschenrechtsverletzungen nicht nur negativ aus. Im Gegensatz zu meinem Besuch vor zwei Jahren hatte ich diesmal das Gefühl, dass die sozialen Sektoren aus einem Lähmungszustand einer Art 'Nachkriegsdepression' erwacht sind. Unterdessen haben wohl alle gemerkt, dass sie sich weder auf die Regierung noch auf die Parteien verschiedensten Couleurs und auch nicht auf die internationale Gemeinschaft verlassen können, was die Umsetzung der Friedensabkommen betrifft, sondern dass sie die Zukunft des Landes selber in die Hand nehmen müssen. Oft sind es kleine Initiativen und oft scheitern sie auch wieder - aber sie sind Schritte auf der Suche nach einem neuen Selbstbewusstsein der guatemalteKischen und vor allem der indigenen Bevölkerung.

Ich hoffe, dass es mir gelingt, diese Stimmung im ¡Fijáte! wiedergeben zu können und danke Ihnen für Ihre Treue als Leserin und Leser.

Barbara Müller